

# KODAK GRAY SCALE

**C**

Red-Filter Negative

Cyan Printer

**M**

Green-Filter Negative

Magenta Printer

**Y**

Blue-Filter Negative

Yellow Printer

00 A .10 .20 .30 .50 .70 M 1.00 1.30 1.60 B 1.90



black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green

# KODAK COLOR CONTROL PATCHES

*These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.*

# Verantwortung

g e g e n

die Anschuldigung des engern Ausschusses der  
Landschaft,

Seiner Durchlaucht

d e m

regierenden Herzoge von Braun-  
schweig-Lüneburg und Sels;

e i n g e r e i c h t

v o m

zweiten Cammer-Director G. P. v. Bülow.

---

Mit dieser Welt ist's keiner Wege richtig;  
Vergebens bist du brav, vergebens tüchtig,  
Sie will uns zahm, sie will sogar uns nichtig!  
Göthe, Xenien.

---

Als Handschrift gedruckt.

## V o r w o r t.

Die Anschuldigungen, welche von einigen Mitgliedern der Stände gegen mich gerichtet und vom engern Ausschuße der Landschaft am Schlusse des vorigen Jahres unserm Durchlachtigsten Herzoge vorgetragen sind, haben schon lange zuvor den Gegenstand einer, mit Wohlgefallen und Geflossenheit geschehenen, Verbreitung ausgemacht und sind seitdem zu einer solchen Deffentlichkeit gebracht worden, \*) daß ich in die Nothwendigkeit gesetzt bin, auch meiner Seits offenkundig zu machen, was ich dagegen zu erwidern und vorzutragen gehabt habe.

Meinen lieben Mitbürgern lege ich daher hier die Eingaben, welche die Anschuldigungen enthalten, und meine Verantwortung, wie ich dieselbe dem höchsten Befehle gemäß, Sr. Herzogl. Durchlaucht eingeschickt habe, mit der Hoffnung vor, das Vertrauen und die Achtung, welche sie mir bei mehrern Veranlassungen bezeigt haben und welche unter schwierigen und drückenden Verhältnissen allein mich aufzumuntern vermochten, werden durch das, hiermit über meine letztere Dienstführung verbreitete, Licht nicht geschwächt, vielmehr befestigt werden.

Zugleich muß ich diese Gelegenheit benutzen, um über einen Vorwurf mich zu erklären, der zwar unter

---

\*) »Obtrectatio et livor pronis auribus accipiuntur: quippe malignitati falsa species libertatis inest.« Tacitus, histor. I. 1.



jene Beschuldigungen nicht aufgenommen, aber nicht minder in's Publikum gebracht und einem, mir nachtheiligen Gebrauche unterworfen gewesen ist. Es ist dieses die Auslegung, welche von dem Ausdrücke schwankend, ist gemacht worden, dessen sich das Staats-Ministerium in einer Darstellung der unruhigen Austritte zu Anfang Septembers vorigen Jahrs von dem Benehmen des Herzogl. Militärs in der Nacht vom 7ten Septbr. v. J. bedient gehabt hatte. Diese Darstellung ward in der ersten Sitzung jener Behörde nach dem Schloßbrande, zu einer Zeit und unter Umständen entworfen, welche eine ruhige Abwägung der einzelnen Worte nicht zuließen, und wo der ganze Vorgang selbst nicht einmal vollständig erkundigt war. Abgesehen davon, daß ich während desselben auf Urlaub abwesend mich befunden hatte, also die Ereignisse nur nach der Erzählung Anderer zu beurtheilen vermochte, kann ich versichern, daß damals von einem dem Militär darüber zu machenden Vorwurfe, nicht auf die Bürger Feuer gegeben zu haben, nicht die Rede gewesen, wohl aber erzählt ist, daß die demselben, bei der Abreise des Herzogs hinterlassenen und noch später zugegangenen Befehle nicht bestimmt und sich ungleich gewesen wären, und kann also jene Bezeichnung nur auf die Wirkung dieser Befehle sich haben beziehen sollen. Daß damals nicht geschossen ist, muß Jedermann für ein Glück anerkennen, obwohl immer zu bedauern bleibt, daß es unthunlich befunden ward, dem Brande zeitig Schranken zu setzen und die Rettung der Effekten und Akten zu decken. Denn der hieraus entstandene Schaden kann nur zum Theil und zwar allein durch schwere Opfer ersetzt werden, und wird in mancher Beziehung ganz unerseßlich bleiben.



Durchlauchtigster Herzog,  
Gnädigster Herzog und Herr!

Des engern Ausschusses der Landschaft Antrag auf Einleitung einer Untersuchung gegen den Cammer-Director v. Bülow II.

Indem Ew. Hochfürstl. Durchl. wir, neben der Erklärung des Cammer-Directors v. Bülow II. aus dem Landessteuer-Collegium auszutreten, ehrfurchtsvollst die Eingabe überreichen, in welcher einige unserer Mitstände uns auf den Grund des §. 31. der Landschaftsordnung zur Anklage desselben auffordern, erfüllen wir eine für uns sehr schmerzliche, doch völlig unerläßliche Pflicht. Wollen wir auch gern glauben, daß nur übertriebene Besorgniß um die eigene Existenz denselben verleitet habe, so sind doch die Vergehen, deren derselbe öffentlich beschuldigt wird, an sich zu groß und scheinbar zu begründet, um nicht die Fortsetzung seiner Functionen ohne vorgängige Rechtfertigung als nachtheilig für den Staatsdienst zu betrachten. Es handelt sich nämlich um nichts geringeres, als um die Beschuldigung des in mehrfachen Amtsverhältnissen wissentlich verletzten Diensteides.

Der Cammer-Director v. Bülow nahm als Probst Theil an den Ständeverhandlungen über die Landschafts-

ordnung und unterzeichnete dieses Grundgesetz als Deputirter, leistete darauf bei der ersten Versammlung den im §. 44. vorgeschriebenen von ihm selbst mit redigirten Eid: »die, vermöge der Landschaftsordnung ihm obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen zu wollen,« und ward von seinen Mitständen zum Präsidenten der zweiten Section und zum Landes-Steuerrathe erwählt. Nichtsdestoweniger vollzog derselbe, ohne diesen letzten Posten und den damit verknüpften Gehalt aufzugeben, und also im directen Widerspruche mit seinen eidlich übernommenen Verpflichtungen, als provisorisches Mitglied des Ministerii:

- 1) das Rescript vom 20ten November 1829 in welchem den Gliedern der Ausschüsse zugemuthet ward, die von gesammter Landschaft denselben übertragene Vertheidigung der Landschaftsordnung aufzugeben;
- 2) das Rescript vom 15ten December desselben Jahres, welches den im Staatsdienste befindlichen Ständemitgliedern befiehlt, sich hinsichtlich der im legalen Wege zur Entscheidung verstellten Gültigkeit oder Ungültigkeit der Landschaftsordnung bis auf Weiteres aller Communicationen mit den ständischen Corporationen zu enthalten.

Die richterliche Behörde wird darüber zu entscheiden haben, ob aus dem Gesichtspunkte, welchen der Cammer-Director v. Bülow über das Verhältniß eines Mitgliedes des Staats-Ministerii zum Regenten aufgestellt und zu seiner Entschuldigung verbreitet hat, diese Handlungsweise gerechtfertigt werden könne.



Nach unserm Dafürhalten dürften aber jene Gründe nicht ausreichen, um die Verletzung des von ihm als Mitglied der Justiz = Kanzlei und als Cammer = Director beschworenen Grundgesetzes vom 1sten Mai 1794 zu entschuldigen, gegen dessen deutlichen Inhalt er den Befehl an die Domainen = Direction, daß nach des Kanzlei = Directors Bitter Anweisung sie den Verlaß der Domainen = Stücke bewerkstelligen solle, ausgefertigt hat; denn die betreffenden Beamten haben für den Fall, einer nicht im verfassungsmäßigen Wege beabsichtigten Schmälerung des Domainen = Fonds, selbst dem Landesherrn ihre Beihülfe versagen zu wollen, bei ihrer Anstellung geschworen.

Wenn übrigens der Cammer = Director von Bülow, wie wir in unserm unterthänigsten Berichte vom 27sten October dieses Jahrs dargelegt haben, durch den Abschluß der Hildesheimer Convention vom 18ten Mai 1827 das wahre Interesse des Landes verletzt und dem Handelsverkehr so wesentlich geschadet hat, so dürfte wenigstens die Frage einer strengen Prüfung zu unterwerfen seyn, ob bei Vollziehung dieses Vertrages die Förmlichkeiten beobachtet worden sind, welche nach §. 32. der Landschaftsordnung zur Gültigkeit landesherrlicher Verfügungen erfordert werden.

In so fern Ew. Hochfürstl. Durchl. dem unterthänigsten Antrage:

die Einleitung einer Untersuchung gegen den Cammer = Director von Bülow II. zu verfügen,



zu willfahren geruhen sollten, geben wir unterthänigst anheim, ob und welche der übrigen gegen denselben zur Sprache gebrachten Punkte noch zur Entscheidung ver-  
stellt werden sollen und bemerken nur noch, daß wir den Geheimenrath von Strombeck, obwohl derselbe diesen Antrag für unerläßlich gehalten, doch als einen so nahen Verwandten des Angeschuldigten, zur Unterschrift nicht aufgefordert haben.

In tiefster Ehrfurcht ersterben wir

Em. Hochfürstl. Durchl.

Braunschweig,  
den 29ten Decbr. 1830.

unterthänigst treu gehorsamste  
die Mitglieder des engern Ausschusses  
der vereinigten Braunschweig = Wol-  
fenbüttelschen und Blankenburgschen  
Landschaft.

v. Bülow. Pangerfeldt.

An

den Hochlöbl. engern Ausschuss der vereinigten  
Braunschweig = Wolfenbüttelschen und Blan-  
kenburgschen Landschaft zu Braunschweig.

Die Herrschaft der Willkühr, worunter das Land eine Zeitlang litt, hat aufgehört, die Geseze sind wieder an ihre Stelle getreten, auf dem Throne ein verehrter Fürst, und an der Spitze der Geschäfte Männer von anerkannter Rechtlichkeit werden sie achten und aufrecht erhalten. Das Land kann sich diesem Vertrauen für die nächste Zukunft ruhig hingeben, auf spätere Dauer sichert eines Fürsten und seiner Ráthe Persönlichkeit ein Volk um so weniger, als es durch ihre ausgezeichneten Eigenschaften geneigt gemacht wird, seine Interessen lediglich in ihre Hände zu legen und selbst des Mangels woran seine Geseze leiden, über der Art vergißt, wie sie gehandhabt werden. Die neueste Geschichte Braunschweigs war ein warnendes Beispiel dieser Behauptung und fordert, nachdem die Eingriffe der vorigen Regierung in die Gesezgebung schon wieder vernichtet sind, oder in kurzen verschwinden werden, noch zu einem Rückblicke in der Beziehung auf, wie ähnlichen Unternehmungen



gen auf die Verfassung für künftige Zeiten begegnet werden müssen.

Die gesetzwidrigen Verfügungen des vor Kurzem aufgelösten Ministerii sind so zahlreich, daß weder der Raum noch der Mangel an vorliegenden Acten, worin wir uns zur Zeit befinden, eine vollständige Aufzählung derselben erlauben, sie sind überdem Ew. rc. bekannt genug, um hier einer Ausführung von unserer Seite nicht zu bedürfen, und um die Bemerkung im Allgemeinen für genügend halten zu können, daß wir die Straflosigkeit so grober Unrechtfertigkeiten desto weniger mit den Rechten und der Sicherheit des Staats vereinbar finden, je näher der Standpunkt dem Throne war, von wo aus sie begangen wurden. Wir halten die Landschaft sowohl durch die Erheblichkeit der Vergehen gegen die Gesetze verpflichtet, die Klage welche ihr in Gemäßheit des §. 31. der erneuerten Landschaftsordnung darüber zusteht, an Sr. Durchl. zu bringen, als auch durch den Umstand besonders dazu aufgefordert, daß die Mitglieder des aufgelösten Ministerii den ihnen ausgesetzten Gehalt annoch fortwährend beziehen, und die hochachtbaren Rücksichten erkannt werden müssen, wodurch die jetzige Regierung abgehalten seyn dürfte, ohne vorhergegangene Aufforderung von außen die gerichtliche Untersuchung über ihre Geschäftsführung zu verfügen, welche allein sie dasselbe verlustig machen könnte. In wiefern sie einzeln bei den von dem Collegio begangenen Unrechtfertigkeiten gravirt sind, läßt sich, einige Punkte abgerechnet, nicht hinlänglich beurtheilen, doch auch in dieser Beziehung wäre



eine Untersuchung sehr zu wünschen, da nur durch eine solche die Unschuld eines oder des andern Mitgliedes in das gehörige Licht gestellt, und der Verdacht entkräftet werden könnte, der jetzt von Seiten des Publikums mehr oder weniger auf Alle fällt.

In dieser Ansicht hatten wir uns entschlossen, den Antrag auf Anklage des aufgelösten Ministerii in der nächsten Plenarversammlung an die Stände zu bringen, da wir jedoch erfahren, daß der Herr Cammer-Director v. Bülow II. seinen Abschied als Mitglied des Landes-Steuercollegii zwar eingegeben hat, dagegen aber die Posten als Cammer-Director und Probst zu St. Laurentii beizubehalten gedenkt, so sehen wir uns dadurch veranlaßt, Ew. rc. schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, wie derselbe sich durch die unbezweifelte Theilnahme an den meisten der gesetzwidrigen Verfügungen und vorzüglich dadurch unfähig zur fernern Bekleidung irgend eines öffentlichen Amtes gemacht hat, daß er seinen feierlich auf die erneuerte Landschafts-Ordnung und das Schulden-Edict vom 1sten May 1794 geleisteten Eiden zum Hohne, die Verordnungen vom 28sten Januar d. J., die Einsetzung eines Finanz-Collegii rc. betreffend, vom 20sten März d. J., die Einsetzung eines Ober-Hofgerichts und eines General-Kriegsgerichts betreffend, das Verbot an die Herrschaftlichen Diener, welche zugleich Landstände sind, an den ständischen Verhandlungen Theil zu nehmen, das Rescript vom 20sten November v. J. an die Mitglieder der ständischen Ausschüsse, worin die erneuerte Landschafts-Ordnung für ungültig erklärt wird, den Be-

Wir glauben unter diesen Umständen, daß ein Aufschub der Klage gegen Herrn von Bülow II. bis zum nächsten Landtage nicht zulässig sey, und geben Ew. rc. anheim, ob nicht, wie wir der Ansicht sind, schon bei Einreichung seiner Dimission aus dem engeren Ausschusse die behüfigen Anträge an Sr. Durchlaucht von Ihrer Seite zu machen, zu denjenigen Pflichten gehöre, welche Dieselben als Stellvertreter der gesammten Landschaft zwischen den Landtagen übernommen haben.

Braunschweig,

den 22<sup>ten</sup> November 1830.

Bayle's new, Bayle's new, Bayle's new



## Durchlauchtigster Herzog, Gnädigster Herr!

Der zweite Cammer-Director von  
Bülow überreicht seine Verantwor-  
tung gemäß dem höchsten Rescripte  
vom <sup>3</sup>/<sub>18</sub> Januar 1831 (N<sup>o</sup> 6541).

Durch ein höchstes Rescript vom 3ten Januar d. J.  
haben Ew. Herzogl. Durchl. geruhet, über eine vom en-  
gern Ausschusse löblicher Landschaft gegen mich einge-  
brachte Beschwerde über meine Dienstführung als vorma-  
liges Mitglied des Herzogl. Staats-Ministeriums, meine  
Verantwortung einzufordern. Indem ich dieselbe hiermit  
ehrfurchtsvoll einreiche, lege ich zuvörderst zu Ew. Durchl.  
Füßen die unterthänigste Dankagung für die mir damit  
huldvoll ertheilte Gelegenheit, vor irgend einer Verfü-  
gung auf jene Anzeige, gegen Anschuldigungen mich ver-  
theidigen zu können, welche bis dahin nur hinter mei-  
nem Rücken in das Publikum gebracht, mir unvollstän-  
dig bekannt geworden waren, und von mir so wenig  
geachtet, als beachtet werden konnten; da ich einer  
Verschuldung irgend einer Art mir nicht bewußt, sie für  
Ausgeburten gehässiger Leidenschaften nehmen zu müssen



glaubte, dergleichen aber nicht mit Gründen zu bekämpfen sind. Setzt ist mir die Uebersicht der gesammten Anschuldigung gewährt, ich darf diese für abgeschlossen ansehen, kenne meinen Gegner und bin so in den Stand gesetzt, meine Rechtfertigung gehörig auszuführen und anzubringen.

Bevor ich jedoch dazu schreite, ist es erforderlich die rechtliche Natur der wider mich eingebrachten Anzeige zu prüfen und festzustellen, indem davon, wie die Art meiner Vertheidigung, so auch der Gang der Sache überhaupt abhängen dürfte.

Man gründet sich, sowohl in der an den engern Ausschuss gerichteten Aufforderung, als in der Eingabe des Lehtern selbst, in dem 31sten Artikel der Landschaftsordnung und bezeichnet damit die Anzeige als eine von den Landständen vorgebrachte beschwerende Vorstellung, wie eine solche darin nachgelassen ist, und zu der dafelbst ausgedrückten Wirkung. Nun giebt aber die Landschaftsordnung, wie der Art. 29, welcher in Verbindung mit den Art. 30. und 31. von den Anträgen der Stände handelt, und der Art. 39, welcher die Regel nochmals allgemein aufstellt, ausdrücklich bestimmen, den Ständen das Recht zu solchen Vorstellungen nur in der Voraussetzung, daß sie auf allgemeinem Landtage versammelt sich finden und darüber beschloffen haben. Das Gesetz giebt ferner dem engern Ausschusse eine Vollmacht, die gesammte Landschaft zu vertreten, allein nur als Ausnahme von der Regel und in den bezeichneten Fällen; nemlich da, wo nach der Natur der Sache bloß durch

Deputirte gehandelt werden kann, wie bei der Theilnahme an der Verwaltung der Steuern u. d. m. und da, wo die Sache so eilig ist, daß sie nicht bis zum Landtage ausgesetzt werden darf. Es ergeben dieses die Bestimmungen der Art. 18. und 35., zugleich folgt es aber aus dem angenommenen Grundsatz, daß landschaftliche Beschlüsse das Ergebniß einer, in zweien Sectionen vorgenommenen, Erwägung und Abstimmung seyn sollen, um reiflich geprüft zu werden; und daß die Anträge durch die Ausschüsse weder von einer vielseitigen, noch von einer zwiefachen Erörterung ausgehen, jenem formalen Erfordernisse also nicht entsprechen können und schon dieserhalb nur unter den dringendsten Umständen zulässig erscheinen.

Wo wäre nun aber im vorliegenden Falle ein Grund zur Beeilung, wo die Gefahr beim Verzuge bis zu dem nahe bevorstehenden Landtage zu finden? Der Flucht wird mich Niemand verdächtig halten, Indicien und Beweise möchten sich wohl nicht verlieren, nicht verdunkeln können, da hier Thatsachen nicht in Zweifel sind, Schuld und Unschuld allein von deren rechtlichen Würdigung abhängen; die fortgesetzte Beziehung meines Gehalts, den ich übrigens bekanntlich nicht für die ohne Vergütung gebliebenen Arbeiten im Staats-Ministerium, sondern als Cammer-Director, und zwar aus dem Cammerfonds erhalte, möchte wohl einen Gegenstand landschaftlicher Erörterungen nicht abgeben können, da die Landessteuer-Casse dabei nicht theilhaftig ist; die Besorgniß endlich, mich wieder in angemessene Thätigkeit versetzt zu sehen,



vielleicht einem Andern in den Weg gestellt zu finden, wird, wenigstens den Mitgliedern des engern Ausschusses einen Beweggrund nicht geliehen haben, und am wenigsten, als noch in der Zukunft beruhend, die gegen mich gerichtete Vorstellung so dringend und eilig darlegen, wie das Gesetz erfordert. Fehlt es aber an der Gefahr beim Verzuge, so kann die Eingabe des engern Ausschusses den Charakter einer Beschwerde nicht, noch auch die Wirkung haben, wie der Art. 31. voraussetzt und ausspricht. Die Aussteller der Aufforderung an den Ausschuss sind, Mitglieder der Stände oder nicht, hier bloß als Privaten zu betrachten; der Ausschuss findet sich ohne Vollmacht, jener Aufforderung zu genügen und die Landschaft ersetzend zu vertreten; und die Eingabe selbst ist bloß wie eine gewöhnliche Denunciation anzusehen, wie ein jeder Staatsbürger sie vorbringen mag, ohne Anspruch auf die, den Ständen in jener Gesetzstelle ertheilte landesfürstliche Zusage.

Unabhängig von dem Charakter ihres Urhebers ist es ein wesentliches Erforderniß einer Anzeige, wodurch ein Staatsbürger einer Criminaluntersuchung unterworfen, dem Verluste seiner bürgerlichen Existenz und seiner Ehre bloß gestellt werden soll, nicht allein zu prüfen, ob ein Verbrechen, oder mindestens ein Vergehen von einer, einem solchen Erfolge angemessenen Bedeutung vorliegt, ob es, wenigstens nach Wahrscheinlichkeit, zu erweisen seyn wird, sondern auch die Anzeige in solcher Hinsicht, durch entsprechende Ausführungen und Angaben, zu begründen. Wo diesem Erfordernisse nicht genüget wor-



den, verdient die Denunciation keine Berücksichtigung, sie mag herrühren, von wem sie will; weil die öffentliche Gerechtigkeit nicht erlaubt, Jemanden einem gewissen Uebel zu überantworten, wegen der bloßen Möglichkeit ihn einer ahndungswerthen Handlung schuldig zu finden. Dieser Grundsatz liegt in der Sache, findet sich in den Regeln des Strafprocesses über die Bedingungen einer Specialuntersuchung aufgestellt und bedarf also keiner nähern Nachweisung. Daß nun jenem Erfordernisse hier nachgekommen seyn werde, mußte um so mehr vorausgesetzt werden, als die Behörde, welche Namens gesammter Landschaft auftritt, die Verpflichtung der Landesrepräsentation nicht verkennen wird, nicht nur der Verfassung gegen Eingriffe, sondern auch jedem einzelnen Staatsbürger gegen Beeinträchtigung und Gefahr, sofern es Noth thun sollte, Schutz angedeihen zu lassen. Und wirklich sind die erhobenen Beschuldigungen von schwerem Gewichte, denn sie betreffen

- 1) eine Verletzung der Verfassung durch Vollziehung der Rescripte vom 20ten Novbr. und 15ten Decembr. 1829 gegen die Wirksamkeit der Landschaftsordnung;
- 2) eine Verletzung des Edicts vom 1sten Mai 1794 über die Cammerschulden, und in beider Hinsicht einen Bruch beschworner Amtstreue; endlich
- 3) die Abschließung der Hildesheimischen Convention von 1827, Zollverhältnisse mit Hannover betreffend.

So nemlich werden die Anschuldigungen bezeichnet, und da der Beweis in der Unterschrift gefunden werden

will, so hat man sich der Mühe überhoben erachtet, aus den Gesetzen abzuleiten, theils was die Unterschrift hier für einen Charakter hat, theils daß jene Bezeichnungen den Rechtsbestimmungen entsprechen; man hat nemlich dem Richteramte überlassen, was zur Begründung der Denunciation gehört hätte, weil hier der Thatbestand einer strafbaren Handlung aus der Auslegung der Gesetze, welche sich nicht klar aussprechen, allein abgeleitet werden kann.

Was hier vermißt werden wird, will ich mich bemühen nachzuholen; bevor ich aber zu dieser Ausführung übergehe, ist es erforderlich, über

meine Stellung im Herzoglichen Staats-Ministerium

einige Bemerkungen voranzuschicken.

Als der Geheimerath von Schmidt Whiseldack seinen Posten aufgegeben, ward mir durch ein Herzogl. Cabinetsrescript vom 16ten Octbr. 1826 »das erledigte Portefeuille einstweilen« übertragen. Ohne wirkliche Anstellung, wie ohne veränderte Besoldungsbestimmung, fand ich mich also auch ohne einen Anspruch auf den, mit dem Posten eines Geheimenraths oder Ministers verbundenen Wirkungskreis, und vielmehr in Dienstverhältnissen, welche jederzeit willkürlich aufgehoben und in ihren Begrenzungen verändert werden konnten. Auch ward mir wirklich das einstweilen anvertraute Portefeuille nur bis im April 1827 ungeschmäleret gelassen, wo die Flucht des genannten Geheimeraths Alles umstimmte und änderte. Der Herzog Carl widmete von diesem Zeit-



punkte an, indem er sich der Theilnahme an den Sitzungen des Staats-Ministeriums erst größtentheils, bald aber gänzlich entzog, seine Thätigkeit den, gegen Herrn von Schmidt gerichteten Maaßregeln und der Streitigkeit mit Hannover; alle hierauf bezüglichen Berathungen und Beschlüsse wurden ohne Theilnahme des Ministeriums angestellt und getroffen, und namentlich blieb ich von denselben ausgeschlossen, auch wurden mehrere darüber unaufgefordert von mir eingeschickte Vorstellungen unerwidert, wie unberücksichtigt gelassen. Die gedachten Vorschritte gingen sämmtlich vom Herzoglichen Cabinette aus, was sich jetzt immer mehr auszubilden und seinen Wirkungskreis auszudehnen begann; die unmittelbaren Vorträge, welche ich in meinem Departemente zu machen gehabt, wurden immer seltner zugelassen und mußten bald den Herren pp. von Münchhausen und Fricke ganz von mir überlassen werden, welchen auch während der damals eintretenden längern Abwesenheit Sr. Durchl. (vom 7ten Juni bis 10ten Septbr. und vom 4ten Decbr. 1827 bis 24sten Febr. 1828) die Ministerialecorrespondenz ausschließend übertragen ward; und vom Juni 1828 an habe ich den Herzog nie wieder in Geschäften zu sprechen gehabt.

Wenn es nun richtig ist, wie die Natur der Sache ergiebt und die Staatsrechtslehrer ausführen, daß derjenige Minister ist, welches auch sein Titel seyn möge, dem der Vortrag bei dem Landesfürsten beigelegt ist (Müller, deutsches Bundesrecht, §. 264.), so bin ich nur die ersten sechs Monate meiner Theilnahme an den Ar-

beiten der höchsten Behörde hindurch, Stellvertreter eines Ministers gewesen. Seit dem Juni 1828 aber hat sich die, neben meinem Amte im Directorium Herzogl. Cammer mir übertragene, Commission im Staats-Ministerium auf den Vorsitz und die Leitung des Geschäftsganges in dieser Behörde beschränkt, und wie diese selbst immer mehr herabgesetzt und endlich, in den wichtigern Angelegenheiten, gleichsam unter das Herzogliche Cabinet sich gestellt fand; so blieb meine Stellung nur etwa derjenigen zu vergleichen, welche in einigen Staaten der Präsident des Geheimenraths, gänzlich verschieden von einem Minister, einnimmt. Die Herren von Münchhausen und Fricke besorgten den mündlichen Vortrag in den zuvor im Staats-Ministerium berathenen Sachen und referirten demnächst darin von dem Beschlusse Sr. Durchlaucht, worauf sodann die Ausfertigungen wie gewöhnlich, zur höchsten Vollziehung oder auf Specialbefehl geschahen. Ein Gleiches fand statt, wenn in Sachen, die sofort an den Herzog gelangt, oder im Cabinette behandelt waren, der landesfürstliche Beschluß dem Ministerium mitgetheilt und demselben die Ausfertigung zu besorgen übertragen, oder auch selbige bereits gefaßt zugesandt ward.

Auf diese Weise sind, von einer Berathung im Staats-Ministerium und irgend einer Theilnahme von meiner Seite, ausgeschlossen geblieben: alle Beschlüsse in den Angelegenheiten des Geheimenraths von Schmidt nach seiner Entfernung, in der Streitigkeit mit Hannover, gegen die Landschaft, und die Herren von Siers-



torpf und von Gramm, die Eingriffe in die Rechtspflege und der Verkauf von Staatsgütern. Und wenn die darin ergangenen Ausfertigungen mit der Unterschrift der stimmführenden Mitglieder des Ministeriums versehen worden sind, so geschah es, weil das Cabinet nur factisch bestand, keine andere Form beobachtet werden konnte und herkömmlich auf diejenigen Herzoglichen Befehle, welche ohne collegialische Berathung im Conseil ergehen, auf solche Weise expedirt werden; da man immer voraussetzen muß, der Landesfürst werde die Sachen mit denjenigen seiner Ráthe erwogen haben und durch diese berathen seyn, welchen der Zutritt zu seiner Person gestattet gewesen ist. So oft das Staats-Ministerium zeitig Nachricht von bedenklich erscheinenden Vorschriften erhielt, wurden dawider Vorstellungen gerichtet, welches aber am 23ten Febr. 1829 demselben höchsten Orts untersagt ward. Auch von mir allein sind ununterbrochen, also auch später, bei jeder mir bekannt gewordenen Veranlassung, Vorstellungen oder sachgemäße Entwicklungen eingeschickt worden. Da dieser Weg der einzige war, meiner Pflicht zu genügen, selbst wenn meine Commission damals noch die Beforgung eines Ministeriums wirklich enthalten hätte, so glaube ich um so mehr gethan zu haben, was irgend von Seiten meiner Mitbürger nach Recht und Billigkeit zu erwarten gestanden, da ich mehr geleistet habe, wie meine bereits beschränkte Stellung mir auferlegte. Denn einem mehrern Einfluß gelten zu machen, war unmöglich und unzulässig, weil ich keine Anstellung hatte, die mich berechtigen konnte,

einen verfassungsmäßigen Wirkungskreis in Anspruch zu nehmen. \*)

Ich wende mich nunmehr zu dem Inhalte der Denunciation und zwar zuerst zu der Eingabe des engern Ausschusses.

Die Verantwortung wird die umgekehrte Ordnung der Anschuldigungen dieser Behörde befolgen, und mit der Abschließung der Convention mit Hannover von 1827

beginnen. Nicht der Erfolg \*\*) dieses Staatsvertrages, nicht, daß derselbe »das wahre Interesse des Landes verletzt und dem Handelsverkehr wesentlich geschadet hat,« wenn dieses auch sollte anzunehmen seyn, kann einen Vorwurf oder gar ein gerichtliches Verfahren wider mich begründen; vielmehr würde dazu erforderlich seyn, daß ich wissentlich, oder ohne um die nöthige Belehrung bemüht gewesen zu seyn, die Abschließung bewirkt und die höchste Ratihabition veranlaßt hätte, gegen den Vortheil des Landes. Zufällige, oder solche Folgen, welche außer Berechnung menschlicher Vorsicht liegen, können nicht in Anrechnung kommen. Daß diese Merkmale einer beizumessenden Handlung hier weder an-, noch ausgeführt sind, die Denunciation also, weil sie nicht begründet, nicht aber

---

\*) Unter diesen Umständen fällt so wenig dem Staats-Ministerium, als mir zur Last, daß manches Nützliche und Nöthige unterblieben ist, was sonst hätte angeordnet werden müssen, und es würde leicht seyn darzulegen, daß viel zweckmäßige Vorschläge gethan, aber unbeachtet geblieben sind; was denn natürlich diesen Zweig der Dienstthätigkeit beim Staats-Ministerium endlich lähmen mußte.

\*\*) Eventus — stultorum magister. *Livius* Lib. 22. cap. 39.



allererst durch eine, gleichsam auf ein Gerathewohl einzuleitende Untersuchung zu ergänzen ist, eine Berücksichtigung nicht verdient; ist aus der Anzeige selbst und meiner obigen Ausführung zu entnehmen. Dennoch werde ich mir einige Erläuterung über diese Verhandlung erlauben.

Der Gedanken zu der damaligen Unterhandlung mit Hannover ist weder von mir, noch dem Geheimenraths-Collegium während meiner Theilnahme an dessen Arbeiten, ausgegangen. Er ward vielmehr lange vor dem Austritte des Geheimenraths von Schmidt gefaßt, als eine unerläßliche Folge der, dem Lande aus den neuen Hannoverschen Zolleinrichtungen drohenden Gefahren für den Transithandel, und veranlasste eine Menge Gutachten der Behörden und eine über ein Jahr hindurch fortgesetzte Correspondenz des genannten Geheimenraths mit dem Königl. Cabinets-Minister in London, Grafen von Münster. Bei meinem Eintritte in's Geheimenraths-Collegium fiel mir, mit einem Aktenbände gesammelter Vorarbeiten, die Fortsetzung der Unterhandlung zu, welche von der Braunschweigischen Kaufmannschaft dringend sollicitirt ward; und da der, bei der Packhofskommission angestellte, jetzt verstorbene Cammerrath Ribbentrop durch einen Verwandten über die Stimmung der Hannoverschen Behörden Kunde eingezogen gehabt, so kam die Sache im Geheimeraths-Collegium zur Berathschlagung und ward am 8ten Februar 1827, unter Beistimmung der längst damit vertrauten Herren von Schleinitz, Eschenburg und (Cammerherr) von Bülow und ausdrücklicher Genehmigung des Herzogs, mir zu-

gleich mit dem Cammerrathe Ribbentrop, welcher mir als Sachverständiger beigeordnet worden, der Auftrag gegeben, nach Hannover zu reisen und daselbst die Vereinbarung bis zur Genehmigung zu unterhandeln. Es geschah dieses in den Tagen vom 10ten bis zum 15ten desselben Monats und habe ich, nicht nur vorläufig von Hannover aus brieflich an den Geheimenrath von Schleinitz, sondern später mündlich privatim und im Conseil das Resultat entwickelt. Die hier und am 25ten desselben Monats, in einer Conferenz mit mehreren Kaufleuten und der Pacht-Hofs-Commission, gepflogenen Beratungen führten zu einer abermaligen Zusammenkunft in Hildesheim, zwischen mir mit pp. Ribbentrop und den Hannoverschen Abgeordneten, wo die Sache den 18ten und 19ten Mai 1827 zum Schluß gediehe, nachmals auf meinen Vortrag von Sr. Durchlaucht genehmigt und ratificirt, und die darüber ausgefertigte Urkunde auf höchsten Specialbefehl unter des Herrn von Münchhausen Unterschrift, mit dem Auftrage, die Ratificationen auszuwechseln, mir zugestellt ward. Das Rescript ist vom 28ten Mai und am 22ten Juli fand die Auswechselung der Ratificationen statt. Ob aber die diesseitige Urkunde von mir contrasignirt ist, vermag ich so wenig anzugeben, als darauf jezt etwas ankommen kann; weil durch irgend eine Contrasignatur dem Erfordernisse genügt gewesen seyn muß, indem sonst der Austausch nicht hätte vor sich gehen können; ich aber schon damals vom Zugange bei Sr. Durchl. zu Geschäftsvorträgen ausgeschlossen mich gefunden habe, übrigens über die genaue Erwägung der



Sache an Seiten des Herzogs, so wie über dessen genehmigenden Entschluß, kein Zweifel obwalten konnte.

Das Urtheil des engern Ausschusses über die Convention kann auf sich beruhen, da es von keinem Einflusse auf die Frage ist, ob hier eine Untersuchung wider mich einzuleiten sey. Es kann überdem nur nach dessen, mir unbekannt gebliebenen Gründen gewürdigt werden, indem es hier eines mehrern, als der bloßen Autorität einer nicht aus Sachverständigen gebildeten Behörde, bedarf, um das Ergebniß von vielseitig und über ein Jahr hindurch, unter Zuziehung eigentlicher Sachverständigen, angestellte Forschungen und Berathungen zu überwiegen. Zu meiner Beruhigung dient und darf hier angeführt werden: daß die behauptete Verletzung um so problematischer befunden werden dürfte, wenn erwogen wird, wie immer etwas und nicht wenig von der Strenge der Hannoverschen Zollbelastungen nachgelassen erlangt ist, es aber keine Beschädigung genannt werden kann, wenn nicht soviel, als sanguinischen Erwartungen entsprechen mochte, sondern nur eben das, was nach langer Bemühung möglich befunden worden, ausgewirkt worden ist. Sollte man aber der, mit der Kraft eines Aberglaubens verbreiteten, Meinung Gewicht beilegen, es könne die Ammenserstraße vorzüglich gelten gemacht und, von Hannover gleichsam alles, mit der Drohung sie zu sperren, errungen werden, also insofern den Vertrag für nachtheilig halten, als man sich auf die Dauer desselben jenes Mittels begeben habe; so paßt darauf folgende Bemerkung. Drei Viertel unsrer Grenzen berühren

Hannover und ebenso, wie unser Weserdistrict die Hauptverbindung zwischen den beiden Theilen des Königreichs trennt, so scheidet diese Hauptstadt und Haupttheil des Herzogthums von seinen Districten am Harze und an der Weser und durchschneidet unsre Handelsstraßen nach Hamburg und Frankfurt. Könnten nun auch, wie doch staatsrechtlich nicht der Fall ist, die Hannoverschen Zoll-einrichtungen zu Repressalien Veranlassung und die Befugnisse geben, die Ammenserstraße gegen Hannover strengen Verfügungen zu unterwerfen; so stände es nur bei diesem, alle Handelsverbindungen Braunschweigs mit Oberdeutschland und der Nordsee, abzuschneiden und hiermit die beabsichtigte Wirkung jenes erträumten Universalmittels aufzuheben. In Beziehung mit den später zu Cassel und Eimbeck abgeschlossenen Vereinen kann übrigens jene Zollconvention nicht gebracht werden, um die Zweckmäßigkeit der Letztern zu bestimmen; weil bei dieser an jene noch überall nicht gedacht ward, die Erstgedachten vielmehr von einem dritten Hofe unterhandelt worden sind und namentlich die engere Verbindung mit Hannover, Cassel und Oldenburg das Resultat einer politischen Nothwendigkeit und der dringendsten, durch Adressen und Deputationen an des Herzogs Durchl. ausgesprochenen Wünsche der Kaufmannschaft und des Magistrats der Stadt Braunschweig gewesen ist.

Der engere Ausschuß scheint den Mangel einer erforderlichen Begründung dieser Anschuldigung gefühlt und deshalb die Nothwendigkeit angedeutet zu haben, »wenigstens die Frage einer strengen Prüfung zu unterwer-



fen, ob bei Vollziehung dieses Vertrages die Förmlichkeiten beobachtet worden sind, welche nach §. 32. der Landschaftsordnung zur Gültigkeit landesherrlicher Verfügungen erfordert werden.« Biewohl ich nun nicht einsehe, was die Lösung dieser Frage für eine Beziehung auf eine gegen mich einzuleitende Untersuchung haben möchte; so freue ich mich doch, aus meinen Privatakten und Tagebüchern oben einige Nachrichten zu geben vermocht zu haben, welche den so erheblich erachteten Aufschluß zu finden erleichtern können. Findet sich, wie ich vermuthete, daß die Vollziehung unter meiner Contrasignatur geschehen, so kann ich den gegebenen Erläuterungen zu meiner Verantwortung vertrauen; sollte sie von Herrn von Münchhausen contrasignirt seyn, so hat er dieses als derjenige gethan, mit welchem der Herzog die Sache zuletzt berathen haben wird, und auch dann wäre jenem §. 32. ein Genüge geleistet; wäre die Contrasignatur ganz unterblieben, ein den Umständen nach unglaublicher Fall,\*) so möchte dennoch das, nur den Unterthanen verbindende Gesetz nicht gegen die Gültigkeit des Vertrages angerufen und also wider den andern contrahirenden Staat gelten gemacht werden können, da ich immer durch ein gültiges Rescript zur Austauschung der mir zugefertigten Urkunde ermächtigt gewesen bin.\*\*)

---

\*) Bekanntlich werden Staatsverträge nicht leicht ohne vollständige Beobachtung aller Förmlichkeiten, und namentlich der einer Contrasignatur der Ratifications-Urkunde, zur Auswechselung weder gebracht noch angenommen.

\*\*) Daß ich über den Mangel der Contrasignatur in solchem Falle

Der zweite Punkt der Denunciation betrifft eine Verletzung der Verpflichtung aus dem Edicte vom 1sten Mai 1794, bei der verfügten Veräußerung von Domainen, und geht mit Vorsicht von einer speciellen Verpflichtung aus, weil eine Nichtachtung gesetzlicher Anordnungen ohne eine solche weniger erheblich ist und gewöhnlich nachgesehen zu werden pflegt, wie z. B. Verzögerung in der Geschäftserledigung, Verschleppung oder Zurückhalten von Akten, Mittheilung aus Geschäftsverhandlungen u. s. w. Die Anschuldigung wird als die wissentliche Hintansetzung einer eidlich und speciell übernommenen Pflicht, und eine Verletzung des Angelöbnißes, »selbst dem Landesherrn die Beihülfe versagen zu wollen,« bezeichnet und auf den Domainenverkauf bezogen. Vor allen ist es also nöthig, die Bestimmungen des Gesetzes zu erörtern, gegen welches hier verstoßen seyn soll. Das bekannte Edict vom 1sten Mai 1794 handelt zuerst, §. 1 — 3., von den alten, bereits damals vorhanden gewesenen Cammerschulden, und zwar bloß, um sie von den Bestimmungen, welche aufgestellt werden sollen, auszuscheiden. Hierauf folgt, §. 4 — 11., die eigentliche, den Zweck des Edicts enthaltende Verordnung, über die neuerdings zu contrahirenden Cammerschulden. Endlich wird, gleichsam nach-

---

hinweggegangen, Könnte mir aber eben deshalb nicht zum Vorwurfe gereichen, weil der gesetzliche Zweck derselben bei mir überflüssig gewesen wäre, da ich am Besten von der genauen Erwägung und Genehmigung Sr. Herzogl. Durchl. in Kenntniß mich befunden.



träglich, §. 12 — 14., von Nebenpunkten, nämlich von Verbürgungen, von den Verhältnissen der Cammer in Blankenburg und von Veräußerung Fürstl. Allodialstücke gehandelt. In dem mittlern Abschnitte werden die Umstände, unter welchen es erlaubt seyn soll, das Cammergut mit neuen Schulden zu belasten, die Förmlichkeiten bei der darüber anzustellenden Prüfung, sowie bei der Ausfertigung der über solche neue Cammerschulden auszustellenden Verschreibungen, endlich die besondere Verpflichtung der Staatsdiener, welche ihrer Stellung gemäß in die Lage kommen können, solche Cammerobligationen zu unterschreiben, bestimmt und vorgeschrieben. Die gedachten Verschreibungen sollen nemlich nicht nur von den Geheimeräthen, sondern zugleich von den jedesmaligen Chefs der Justizkanzlei und der Cammer, oder den ihnen in der Ordnung folgenden Räthen, und von diesen nur auf dem Grunde einer Bescheinigung über die ausgemittelte Rechtmäßigkeit der Schuld, unterschrieben werden, und in Beziehung auf diese Vorschrift ist im §. 8. verordnet, daß die bei beiden Behörden eintretenden Diener »insbesondrer darauf verpflichtet« werden sollen: »demjenigen, so ihnen in diesem Edict und in dem, dieser Angelegenheit halber mit getreuer Landschaft errichteten Vertrage vorgeschrieben worden, getreulich nachzukommen und sich ernstlich bemühen zu wollen, daß wider diese höchste Absicht und Willensmeinung, und den eigentlichen Sinn derselben nichts vorgenommen werde.« Diese Bestimmung bezieht sich offenbar allein auf die Ausfertigung der Cammerobligationen, wie nicht

nur ihre Stelle, weder am Eingange oder Schlusse, sondern in der Abtheilung des Gesetzes, worauf sie sich beziehen soll, und wie die Hinweisung, nicht allgemein auf den ganzen Inhalt der Verordnung, vielmehr nur auf diejenigen Vorschriften derselben, welche für die betreffenden Classen der Staatsdiener ertheilt worden sind, außer Zweifel setzen. Sie kann also auf den Verkauf von Cammergütern überall nicht, und um so weniger bezogen werden, als für solchen keine Vorschriften den Mitgliedern der beiden genannten Collegien ertheilt, und nur die Geheimeräthe angewiesen sind, gemeinschaftlich mit dem engern Ausschusse, für die nutzbare Verwendung der aus solchen Veräußerungen eingehenden Kaufgelder Sorge zu tragen (§. 14). Was von mir in Beziehung auf das Edict beschworen worden ist, besteht hiernach in dem Versprechen, über neue Cammerschulden auszufertigende Obligationen nicht zu unterschreiben, bevor die Rechtmäßigkeit derselben nicht ordnungsmäßig ausgemittelt worden ist, und diesen Eid zu verletzen habe ich überall keine Veranlassung gehabt. Wenn übrigens von mir an Veräußerungen des Cammerguts Theil genommen seyn sollte, so würde die specielle Vereidung nicht verletzt, sondern nur der allgemeinen Obliegenheit die Verordnungen zu befolgen nicht nachgekommen seyn. Doch auch in dieser Beziehung bleibt zu erwägen: daß die in der Denunciation aufgestellte Behauptung, im Edict liege die Verpflichtung, selbst dem Landesherrn, gegen dasselbe zu handeln, die Beihülfe zu versagen, theils in Beziehung auf den Domainenverkauf, theils überall in solchem



Maafse nicht gegründet ist. Denn wenn der §. 8. auf andere Fälle, als worauf er sich ausdrücklich bezieht, gegen die Regel von der Anwendung specieller Gesetze, ausgedehnt werden soll, so gilt auch der darin ausgedrückte, von den neuern Rechtslehrern überhaupt angenommene, Grundsatz, daß ein Staatsdiener seinen Verpflichtungen genüge, sobald er durch Vorstellungen u. d. sein Möglichstes thut, einen verfassungswidrigen Beschluß des Landesfürsten rückgängig zu machen, oder, nach dem Ausdrücke des Edicts, »sich ernstlich bemühet,« daß wider die Absicht des Gesetzgebers nichts vorgenommen wird. Eine solche Bemühung hat von meiner Seite wiederholt und ernstlich statt gefunden, wie dem engeren Ausschusse durch Mittheilungen oftmals bekannt gemacht ist. Am 27ten Decbr. 1826 legte ich die Rechte der Landschaft in einem ausführlichen, dem Landsyndicus mitgetheilten, Aufsatze Sr. Durchl. vor und entwickelte darin die Verfassung in Ansehung des Cammerguts und zwar ausdrücklich in Beziehung auf das vorgedachte Edict, und als es wirklich zu solchen Veräußerungen kommen sollte, reichte ich dagegen am 31ten Juli 1829 eine vollständige Auseinandersetzung und Vorstellung ein, und zwar privatim, weil jenes Vorhaben vom Herzogl. Cabinette betrieben ward, ohne an das Staats-Ministerium zu gelangen. Dasjenige Mitglied des Staats-Ministeriums, welches den Vortrag in Cammersachen bei Sr. Durchl. übertragen erhalten hatte, versicherte auf eine den 16ten Decbr. 1829 von mir gemachte Erinnerung, dem Herzoge die Vorstellungen wider diese Maafregel bringend

wiederholt zu haben, und um dieselbe Zeit ward in der Domainen-Section Herzoglicher Cammer eine stark begründete Vorstellung unter meinem Vorſiße beſchloſſen und nochmals vom Miniſterium befördert, worin die Gründe wider den Verkauf Sr. Durchl. entwickelt ſich fanden. Auch erfolgte durch den Staatsrath Boſſe im höchſten Auftrage die Eröffnung an das Staats-Miniſterium, daß die eingehenden Kaufgelder dem Cammerfonds durch vortheilhafte Anlegung zu gut kommen und verbleiben ſollten.

Habe ich dem Edicte nach ſeinem buchſtäblichen Sinne genüget, ſo bedarf es nicht des Beweiſes, demſelben nach der Auslegung nachgekommen zu ſeyn, welche ſich durch eine unter höchſter Genehmigung darüber gleich ſeit ſeiner Erlaſſung beſolgte Praxis gebildet hat; doch ſteht mir auch dieſe Auslegung zur Seite. Von Anfang an bezog man nemlich die beſondere Verpflchtung auſſchließend auf die Förmlichkeit bei Ausſtellung der Obligationen. Noch unter der Regierung des unſterblichen Geſetzgebers beſtand nemlich die von ihm gebilligte Cammer-Marime, bedeutende Bauten bei Unzulänglichkeiſt des Bauetats den Pächtern ſo zu verdingen, daß dieſe den Bau vorſchußweiſe ausführten und dafür, durch Herabſetzung des Pachtgeldes oder Abzüge in hinausgeſetzten Terminen, Bezahlung erhielten. Was war aber dieſe Operation anders, wie eine Verſchuldung des Cammerguts? und wann wäre ſolcherhalb mit dem engern Ausſchuſſe die edictmäßige Communication gepflogen? Dennoch aber iſt es niemand beigemommen, den Miniſtern und den Cammer-Chefs eine Verletzung ihrer, dem



Edicte gemäß eingegangenen, Verpflichtung zur Last zu legen. Sodann sind unter der vormundtschaftlichen Regierung und später bis zu meinem Eintritte in das Geheimraths-Collegium, über die in westfälischer Zeit geschehenen Verkäufe von Staatsgütern, obwohl solche für nichtig angenommen wurden, wiederholt die Veräußerungen bestätigende Verträge eingegangen, ohne an die Vorschriften des Edicts nur einmal gedacht zu haben.

Wie möchte man nun, mit dem Scheine einiger Gerechtigkeit, dem Gesetze jetzt eine Anwendung geben können, nachdem ihm die, ein Drittheil Jahrhunderte hindurch festgesetzte, Praxis einen beschränkten, auf mich nicht anwendbaren Sinn beigelegt hat?

Jedenfalls würde übrigens erwogen werden müssen, daß bei der gerügten Anweisung an das Finanz-Collegium, der Verkauf bereits geschehen und nicht mehr rückgängig zu machen war, der Verlaß der Kaufgegenstände aber eine Folge des Verkaufs, bloß eine den Beweis des Eigenthumsüberganges enthaltende Förmlichkeit ausmachte; daß also in den Anweisungen an sich keine Theilnahme an der Veräußerung zu finden seyn wird. Der zum Ausfertigen dieser Anweisung an das Staats-Ministerium ergangene Specialbefehl, machte die einzige Mittheilung aus, welche diese Behörde von dem Verkaufe erhielt, dessen Anordnung und Unterhandlung derselben völlig fremd verbliebe.

Das Resultat bei dem zweiten Denunciationspunkt ist hiernach: daß die besondere Verpflichtung nach dem Edicte vom 1sten Mai 1794, in Beziehung auf den Do-

mainenverkauf weder im Gesetze, noch nach der Praxis gegründet ist; derselben aber auch, wenn sie darauf bezogen werden könnte, ein Genüge geleistet seyn würde; daß also diese Anschuldigung sich damit erledigt, als des Thatbestandes irgend einer strafbaren Handlung und namentlich der Verletzung des Dienstesides ermangelnd. Denn insofern aus der bloßen Mitunterschrift jenes anweisenden Rescripts an das Finanz-Collegium ein Vergehen begründet werden sollte, behalte ich mir vor weiter unten meine Verantwortung auszuführen.

Der noch übrige Theil der Denunciation hat

die Unterzeichnung der Rescripte vom 20ten Novbr. und 15ten Decbr. 1829, zur Auflösung der landschaftlichen Verhältnisse,

zum Grunde, und wird ausdrücklich in der bloßen Vollziehung der Ausfertigungen gesetzt, ohne mir irgend eine andre Theilnahme beimessen zu wollen, legt aber dabei ein besonderes Gewicht auf die, als vormaliger Präsident der zweiten Section und als ständischer Landessteuerrath übernommene besondere Verpflichtung für die Landschaft. Es wird hier also zu erörtern seyn: welchen Einfluß meine Stellung zur Landschaft auf die Verwaltung der mir im Staats-Ministerium übertragenen Geschäfte haben konnte? und hiernächst, welche Verpflichtung in Beziehung auf die Unterschrift der Ausfertigungen im Ministerium statt findet?

Bei der Herstellung der Landschaft befand ich mich nicht nur im Landesfürstlichen Dienste, sondern bereits im Directorium der Herzogl. Cammer und also in einer



Stellung, welche zu Geschäftscollisionen mit den landschaftlichen Behörden wenigstens einige Gelegenheit darbieten konnte, wegen der Verhältnisse des Kloster- und Studienfonds, sowie des Pachthofes zu der Landschaft. Dennoch ward ich, wie zum Präsidenten der zweiten Section, so zum landschaftlichen Steuerrathe, jener Dienstverbindung ungeachtet, gewählt und damit anerkannt und erklärt, daß eine unbedingte und vollständige Erfüllung meiner, aus meinem Herzoglichen Dienste obliegenden Pflichten mir nicht zum Vorwurfe gereichen solle. Die nachmalige Beauftragung mit Ministerialgeschäften und die Uebernahme derselben war eine Folge meines Dienst-Verhältnisses zum Herzoge und änderte in meiner Beziehung zur Landschaft um so weniger etwas, als sie in einer einstweiligen Commission ohne veränderte Dienststellung bestand, auch bald in einer Maasse beschränkt ward, welche mich nicht länger als Stellvertreter eines Ministers anzusehen gestattete und die Gelegenheiten zu Geschäftscollisionen nicht vermehrte, indem alle auf die Landschaft bezüglichen Sachen dem Staats-Ministerium vorenthalten und vom Herzoglichen Cabinette aus besorgt wurden. Unter diesen Umständen konnte mithin, weder die Verpflichtung auf die Landschaftsordnung, noch auf die Beibehaltung meiner Steuerrathsstelle (welche auch von 1826 bis Frühjahr 1829 Niemanden Anstoß gegeben hatte), in der Erfüllung meiner Obliegenheiten als Herzoglicher Diener mich beschränken; wie denn überhaupt jenes Verhältniß die Verbindlichkeit nicht zu verstärken vermochte, welche jedem Staatsdiener, ja jedem Staats-

bürger obliegt, die Landschaftlichen Rechte, weil sie den wesentlichsten Theil unsers öffentlichen Rechts ausmachen, zu ehren und nach Kräften aufrecht zu erhalten. Dieser Pflicht gewissenhaft nachzukommen ist mein unausgesetztes Bestreben gewesen, und obwohl mir auch hier keine andre Handlung zum Vorwurf gemacht wird, als die bemerkte Vollziehung, worauf ich gleich kommen werde; so sey es mir erlaubt, durch eine kurze Darstellung desjenigen, was in jener Hinsicht geschehen ist, den Augenpunkt zu erleuchten, aus welchem meine Stellung zur Landschaft zu betrachten seyn wird.

So lange ich im Staats-Ministerium gewesen, habe ich mich bemühet, der Landschaft zu nutzen, indem ich die Ansichten des Herzogs zu berichtigen und auf seine Beschlüsse, durch Entwicklung der begründeten Verfassung, hemmend einzuwirken suchte. Es ist dieses so dringend und so wiederholt geschehen, daß ich behaupten darf, hierunter selbst den Bemühungen der landschaftlichen Ausschüsse nicht nachgestanden zu haben. Außer einer, schon am 27ten Decbr. 1826 Gr. Durchl. überreichten, ausführlichen Darstellung der ständischen Verfassung und damals wiederholten mündlichen Vorstellungen für die Anerkennung der Landschaftsordnung und Einberufung des Landtages, entwickelte ich am 12ten März 1827 die Gründe für eine, in solcher Beziehung zu ertheilende Resolution auf einen von den Ausschüssen damals eingereichten Antrag. Im Januar (17ten und 28ten) 1829 schickte ich Ausführungen der verfassungsmäßigen Rechte des Landes an Gr. Durchl., um die vorhabende allgemeine Be-



waffnung und die vermehrte Rekruten-Aushebung zu hintertreiben. Unter dem 14<sup>ten</sup> März 1829 richtete ich an Herrn von Münchhausen einen Aufsatz, in Beziehung auf eine Vorstellung des engern Ausschusses vom 11<sup>ten</sup> desselben Monats, wegen Berufung des Landtages und Genehmigung des Abtrages der Landesschulden, worin ich abermals die Sachverhältnisse und deren Dringlichkeit entwickelte; indem ich diesen Umweg versuchen zu müssen glaubte, da meine directen Eingaben eine ungnädige Aufnahme fanden. Wie mir das Vorhaben bekannt geworden, den herrschaftlichen Dienern die Theilnahme an landschaftlichen Berathschlagungen zu verbieten, so richtete ich auch hiergegen (im Decbr. 1829) eine dringende Vorstellung. Obwohl, als ich gegen das, meinem dreimal erneuerten Antrage, aus dem Staats-Ministerium zurücktreten zu dürfen, entgegengesetzte Herzogliche Verbot Beistand gesucht, ich von den landschaftlichen Ausschüssen mich verlassen und einer eben so unverschuldeten als unerhörten Anfeindung von Seiten mehrerer Mitglieder der Stände Preis gegeben gefunden, habe ich dennoch in den Gesinnungen gegen die Landschaft nicht gewankt und würde leicht die treueste Anhänglichkeit an die vaterländische Verfassung noch mehr bekunden können, da ich dringende Aufforderungen wiederholt zurückgewiesen habe, welche mir zugegangen sind und, als ein Mittel die Herzogliche Gnade zu erwerben, empfohlen wurden, eine Spaltung unter den Ständen zu bewirken, und dieses als leicht erreichbar sich dargestellt hatte, indem Mehrere an einem erwünschten Ausgange der Vorschritte in Frankfurt ver-

zweifelten, und einen Vergleich mit Sr. Durchl. zu versuchen gerathen glaubten.

Ich wende mich nunmehr zu der Erörterung der rechtlichen Verhältnisse, welche aus der Unterschrift einer Ministerialausfertigung hervorgehen.

Die Unterschrift ist nach der Natur der Sache für einen wesentlichen Theil einer Schrift nicht zu halten und hat keinen andern Zweck, als zu bezeichnen, wer der Aussteller ist, von wem der Inhalt ausgehet. Unter Umständen, welche darüber keinen Zweifel gestatten, kann sie also hinwegbleiben und erst da wird sie aufgefunden und eingeführt seyn, wo die Schriftzüge nicht von demjenigen, dessen Gedanken und Willen sie ausdrücken, herührten und es also eines Zeichens, daß dieser wirklich zum Inhalte sich bekenne, bedurfte. Sie vertritt also, ihrem Ursprunge und Zwecke nach, die Stelle einer Bescheinigung über den Aussteller und über die Uebereinstimmung seiner Absicht mit dem Inhalte der Schrift. Bei Ausfertigungen der höchsten Staatsgewalt kommen die Unterschriften in doppelter Gestalt vor, einmal vom Fürsten selbst und dann von seinen Ministern und bei diesen wiederum, entweder im Auftrage des Fürsten und statt seiner, oder als Contrasignatur, neben der Fürstlichen Unterschrift. Diese Unterschriften alle haben nur den Zweck einer Bescheinigung, nemlich die des Fürsten und die der Minister in dessen Auftrage, über die Uebereinstimmung des Fürstlichen Willens mit dem Inhalte der Schrift, die Contrasignatur aber, über die Richtigkeit der Fassung nach dem Fürstlichen Befehle und den einge-



föhrten Förmlichkeiten, indem der Contrasignirende hierin das Amt eines Staatssecretärs versieht und für die Ausfertigung stehen muß. So folgt es aus dem ursprünglichen Zwecke, soweit die Gesetze nicht ein Anderes vorgeschrieben haben, und so findet es sich auch in den Geschäftsordnungen der vaterländischen Behörden angenommen. Denn es werden die Ausfertigungen theils von einem Mitgliede des Collegiums, theils von allen oder gewissen Mitgliedern unterschrieben und dabei so wenig ein Anderes bezweckt, als zu bescheinigen, daß die Ausfertigung wirklich einem Beschlusse der Behörde entspreche, daß vielmehr die Unterschrift da, wo sie nach der Reihe zu besorgen ist, oft von einem Mitgliede geschieht, welches an dem Beschlusse überall einigen Theil nicht genommen hat und nur aus der Signatur des Concepts ersehen kann, daß und wie der Beschluß gefaßt ist, und da, wo alle oder gewisse Mitglieder zu unterschreiben haben, solches auch von denjenigen erfolgt und geschehen muß, welche etwa wider den Beschluß gestimmt haben, aber überstimmt worden sind. Die Unterschrift enthält also nur da die Erklärung, mit dem Inhalte einverstanden zu seyn, wo sie von dem Aussteller der Schrift oder demjenigen, dessen Willen der Inhalt ausspricht, selbst hinzugefügt ist, in allen andern Fällen aber nichts als eine Bescheinigung über den Urheber und die, dessen Willen ausdrückende Fassung. Sie kann hier mit einer gänzlichen Meinungsverschiedenheit gar wohl bestehen, wie sie von der Uebereinstimmung unabhängig ist. Hieraus folgt denn weiter, daß aus der Unterschrift an sich eine

Theilnahme an den Folgen der Ausfertigung nicht abgeleitet werden kann.

Es wird nunmehr zu prüfen seyn, ob die Gesetzgebung oder ein Herkommen bei uns überhaupt, oder besonders in Beziehung auf das Staats-Ministerium, jene allgemeinen Grundsätze geändert hat? Hier bietet sich zuvörderst die Stellung des Landesfürsten zu der obersten Staatsbehörde dar, nach welcher diese nur zur Berathung des Herzogs bestellt ist, seine Mitglieder in soweit sämmtlich nur eine berathende Stimme haben, die Entscheidung aber lediglich und allein dem Vektern zusteht; so daß das Ministerium bloß in sofern eine ausübende Gewalt hat, wie der Herzog ihm ausdrücklich solche überläßt. Ausschließlich in Beziehung auf die ihm überlassenen Geschäfte steht also dem Ministerium ein Beschluß zu, und wenn im Uebrigen von ihm berathschlagt und abgestimmt wird, so geschieht es nur als Vorbereitung des Landesfürstlichen Entschlusses, um dem Herzoge das Ergebniß der Berathung vorlegen zu können. Dieses Verhältniß der obersten Behörde zum Landesfürsten findet sich, wie es übrigens schon aus der Eigenthümlichkeit unsrer Verfassung, als einer allein durch die den Ständen zustehenden Rechte beschränkten Monarchie, hervorgeht, in einem der ältern Verfassungsgesetze ausgedrückt. Der Landtagsabschied von 1702 enthält nemlich im §. 31. die Landesfürstliche Versicherung »circa modum expediendi negotia publica, — daß hinführo alle dahin gehörige Sachen im geheimen Rathe tractiret und daselbst loco consueto die capita deliberanda ausgemacht, und die libera vota erörtert, daß



conclusum mediante protocollo Ihnen (Er. Durchl.), wofern sie nicht selbst zugegen, zugefertigt und Dero Befehl und Genehmhaltung darüber erwartet, und dann wenn Ihro Durchl. das conclusum agreiren, solches zur Execution gebracht werden soll.« Also, der Geschäftsgang ist hiernach in der obersten Behörde verfassungsmäßig folgender: die Sachen werden im Collegium erörtert und darüber durch Abstimmung ein Beschluß gefaßt, dieser dem Herzoge mündlich oder schriftlich, nachdem er zugegen oder entfernt ist, vorgetragen und seine Genehmhaltung oder Befehl erwartet, welchem gemäß dann die Sache zur Vollziehung gebracht werden muß.

Außer diesem Gesetze findet sich nur noch eine einzige Stelle in unsrer Gesetzgebung, welche über das vorliegende Verhältniß sich ausspricht. Es ist dieses nemlich der, auch in der Denunciation angeführte §. 32. der erneuerten Landschaftsordnung, welcher von dem Zwecke der eigentlichen Contrasignatur in gleicher Maaße, wie derselbe oben angegeben ist, handelt und die Folgen ihrer Weglassung bestimmt. Die Contrasignatur wird hier als bereits eingeführt erwähnt, keinesweges aber erst angeordnet, oder für die Zukunft vorgeschrieben. »Es werden mit der Contrasignatur versehen,« heißt es nemlich, und nicht: es sollen — versehen werden; und wirklich ergiebt unsre Landesgeschichte, daß diese Einrichtung, wie wohl ohne eine mir bekannt gewordene, ausdrückliche und öffentlich ergangene Verordnung, schon längst bestanden hat, indem der berühmte Zwist zwischen dem nachmaligen Premier-Minister Hieronymus von Münchhausen und dem

Grafen von Dehn wegen der Contrasignatur in Cammersachen sich entsponnen hat. Diese Contrasignatur ist ohne Zweifel ursprünglich in derselben Absicht angeordnet worden, wie im Collegium das *vidi* des Secretärs oder das Collationszeichen in der Schreiberei, nemlich um dem Fürsten die Gewißheit zu gewähren, daß die Ausfertigung seinem Befehle und den erforderlichen Förmlichkeiten gemäß gefaßt sey. Sie ward zugleich, wie die erwähnte Streitigkeit erschen läßt, nicht sowohl wie die Begründung einer Verantwortlichkeit, als vielmehr wie ein Vorzug betrachtet, indem sie Gelegenheit zu geben pflegte, mit dem Fürsten und zwar unter vier Augen zu reden, und hierdurch Einfluß zu üben. Zuerst spricht sich die Gesetzgebung in jenem §. 32. darüber näher aus; beschränkt sich jedoch darauf, den Zweck der Contrasignatur darin zu sehen: »den verfassungsmäßigen Gang der Staatsgeschäfte und die öffentlichen Beamten wegen ihrer Verantwortlichkeit zu sichern,« sowie darin, daß durch dieselbe »diejenigen Collegia und Staatsdiener, an welche selbige (die unter höchster Unterschrift des Landesherrn erlassenen Rescripte und Verfügungen) gerichtet sind, und alle, die es angeht, sich vergewissern können, daß die betreffende Angelegenheit durch die rechte Behörde verfassungsmäßig an den Landesherrn gelangt und Höchstdesselben Entschluß darüber, nach geschehenem Vortrage und vernommener Meinung des Geheimenraths-Collegii, gefaßt worden sey.« Also wird auch hier der Contrasignatur keine andre Natur und Absicht beigemessen, als die einer Bescheinigung, dem contrasignirenden Mi-



nister keine weitere Verpflichtung auferlegt, als die für die Richtigkeit solcher Bescheinigung zu haften, und findet sich von der Verantwortlichkeit des Ministers aus der Contrasignatur und zwar in Beziehung auf den Gegenstand der Ausfertigung, so wenig hier, als im ganzen Umfange unsrer Gesetzgebung irgend eine Spur. Mag er contrasignirt haben oder nicht, so geht also, wie schon aus dem Stillschweigen der Gesetze und besonders aus dem in denselben der Contrasignatur beigelegten Zwecke folgt, seine Verantwortlichkeit immer und allein nur aus seinen Handlungen, seiner wahren und wirklichen Theilnahme an dem ausgefertigten Fürstlichen Beschlusse hervor, welche er durch gewissenlosen oder unvollständigen Rath, oder dadurch begangen haben kann, daß er einem bedenklichen Entschlusse des Fürsten nicht nach Kräften, nemlich durch bringende und die Sache in das gehörige Licht setzende Vorstellungen, widerstrebt hat.

Selbst die Analogie von den, in den constitutionellen Staaten bestehenden Grundsätzen über die Verantwortlichkeit der Minister stimmt diesem bei. Denn, weit entfernt die Letztere aus dem Begriffe und der Stellung eines solchen Staatsbeamten abzuleiten, hat man in denselben erforderlich gefunden, die Verantwortlichkeit des Ministers durch ausdrückliche Gesetze einzuführen und der zu Brüssel, zwischen dem Könige und den Reichsständen der Niederlande, wegen des Ministers van Maanen noch vor Kurzen geführte Streit ergiebt, daß dieser seiner Contrasignatur ungeachtet für vorwurfsfrei angenommen worden ist, weil die dortige Verfassung die Verantwort-

lichkeit nicht ausdrücklich ausgesprochen hatte. Auch wird in jenen Staaten die Verantwortlichkeit der Minister nicht sowohl aus der Unterschrift abgeleitet, als vielmehr in dieser der Beweis seiner wirklichen Theilnahme an der Maaßregel gefunden, indem die gesetzlich eingeführte Verantwortlichkeit dem Minister ein Widerspruchsrecht giebt, dem verfassungswidrigen Willen des Fürsten sich zu widersetzen. In Ermangelung einer solchen Gesetzgebung und also bei uns muß jene Folgerung wegfallen, weil da der Widerspruch des Ministers die Grenzen eines eindringlichen Rathes nicht überschreiten darf, er mit denselben seine Pflicht erfüllt, und die Unterschrift als eine Amtsobliegenheit betrachten muß, welche nicht abgelehnt werden kann.

Unter diesen Umständen ist es für den Zweck dieser Ausführung unerheblich, daß der §. 32. der Landschaftsordnung einzig von Contrasignaturen handelt, die mir vorgeworfenen Unterschriften aber sämmtlich nicht dazu gehören, sondern nur Ausfertigungen beigelegt sind, welche auf Specialbefehl vom Ministerium erlassen werden mußten. Dagegen muß noch in Beziehung auf die, durch die Unterschrift bezweckte Bescheinigung bemerkt werden, daß von jeher auch solche Landesfürstliche Verfügungen in der obersten Behörde in gewöhnlicher Form ausgefertigt worden sind, die nicht zuvor in derselben discutirt gewesen, vielmehr vom Herzoge unmittelbar erlassen waren; daß also die Unterschrift aller Minister, bei Ausfertigungen auf Specialbefehl, oder aber die Contrasignatur des Departements-Ministers, stets und unbedenklich hinzuge-



fügt worden ist, wo der Fürstliche Beschluß außer Zweifel sich fand, und angenommen werden konnte, daß die betreffenden Mitglieder des Conseils die nöthigen Erläuterungen oder Vorstellungen Sr. Durchl. vorgetragen hatten. So ist es z. B. früher mit mehreren Verfügungen über Besitzergreifung, Veranschlagung und Verpachtung des säcularisirten Stifts St. Ludgeri vor Helmstädt, so mit denen gehalten worden, welche in Beziehung auf die französischen Emigranten erlassen sind, und in neuerer Zeit fehlt das Beispiel nicht, daß einer aus dem Cabinet, ohne Berathung im Geheimenrathe, ergangenen an sich höchst bedenklichen Herzoglichen Verfügung die Contrasignatur hinzugefügt worden ist.

Alle in der Denunciation und dessen Anlage herausgehobenen Unterschriften, sowie diejenigen in den Angelegenheiten der Herren von Sierstorpf und von Gramm, sind nun aber erfolgt, nicht nur ohne meine Zustimmung, sondern gegen meine, oder eines andern Mitgliedes des Staats-Ministeriums gemachte Vorstellungen; sie sind ferner erfolgt zu einer Zeit, in welcher ich bereits auf die Leitung der Geschäfte im Ministerium beschränkt und der Vortrag bei Sr. Durchl. mir entzogen war, ich also nicht mehr als Minister fungirte und die Obliegenheiten dieser Stelle nicht mehr in ihrem Umfange haben, der verfassungswidrigen Ausdehnung des, dem Herzoglichen Cabinette angewiesenen Wirkungskreises, sowie der fortschreitenden Willkühr nicht wirksam widerstreben konnte; sie sind endlich unter Verhältnissen erfolgt, wo sie, nach der bestehenden Geschäftsordnung und Verfassung, geschehen

mußten und nicht verweigert werden konnten. Ist dieses der Fall, wie dargethan zu haben ich vertrauen darf, und ist es gleichfalls oben außer Zweifel gestellt, daß die Unterschriften bloß als Bescheinigungen über den in der Ausfertigung ausgedrückten Landesherrlichen Willen zu betrachten und keinesweges geeignet sind, nach der Braunschweigischen Verfassung eine Verantwortlichkeit zu begründen; so fällt mir nach der Denunciation überall kein Vergehen aus meiner Dienstführung im Staats-Ministerium zur Last, und es bedarf nicht einmal der Ausführung, daß da, wo specielle Gesetze nicht ein Anderes vorschreiben, der Staatsdiener, welcher auf Befehl des Fürsten verfassungswidrige Handlungen vornimmt, sich der Verantwortung enthebt, sobald er seinem Fürsten dagegen Vorstellungen macht und jenen Befehl damit abzuwenden sich bemühet. Es mag jedoch, statt einer Ausführung über diese in der neuern Zeit fast allgemein angenommene Theorie, hier ein Auszug aus der neuesten Schrift über diesen Gegenstand eine Stelle finden. Von Dresch, Beiträge zur Lehre von den Rechtsverhältnissen der Staatsdiener in constitutionellen Monarchien, in Pölik's Jahrb. der Gesch. und Staatsk. October 1830. — spricht sich hierüber so aus: »Was aber den Eid auf Beobachtung der Verfassung angeht; so verpflichtet er allerdings jeden Beamten in Sachen, in denen er Herr ist, nichts gegen sie anzuordnen. Was er aber thut, wo er höhern Befehlen folgen muß, ist nicht seine That; und sein Amtseid, in Amtssachen Gehorsam zu leisten, ist entscheidender, weil er bestimmter ist, als ein Eid auf



Beobachtung der Verfassung, weil er sich irren kann und seine Ueberzeugung der höhern zu unterwerfen die Pflicht hat.« Auch sagt er ferner: »Was nun die Verwaltungs-Beamten angeht, (im Gegensatz zu den Richtern) so möchte wohl jetzt die allgemeine Ueberzeugung seyn, daß sie zu mehr nicht, als zu Gegenvorstellungen ermächtigt sind. Glaubt ein Beamter, ein Befehl sey wider den Willen des Regenten erlassen, so kann er selbst bis zu diesem mit seinen Vorstellungen gehen. Dem Befehle aber muß gehorcht werden.« Wenn wiederum der Verfasser anführt: »es soll übrigens nicht geleugnet werden, daß es äußerste Fälle geben mag, in denen die Weigerung zu vollziehen, als Bürgertugend und Pflicht erscheint. Was aber als Ausnahme sich empfiehlt, eignet sich darum noch nicht zur Regel;« so ist offenbar, bei einer Anwendung dieser Bemerkung auf meinen Fall, zu solcher Ausnahme eine Veranlassung nicht vorhanden gewesen. Denn die Rechte der Landschaft waren bestritten und man durfte von Frankfurt her, mit ihrer Bestätigung die baldige Herstellung aller Eingriffe erwarten. Ein völlig gleiches Verhältniß trat bei den Vorschriften gegen die beiden vorerwähnten, höchst ungerechterweise gedrückten Männer ein, und überhaupt war die Lage in den letzten zwei Jahren so geartet, der Vorschritt zum Aeußersten so beschleunigt, daß eine Abhülfe nicht ausbleiben konnte, auf solche mithin vertraut werden durfte, mochte man sie auch auf einem andern Wege erwarten, als auf welchem sie herbeigeführt worden ist. Mit von Dresch stimmen überein: von Gönnert, der Staats-

dienst aus dem Gesichtspunkte des Rechts und der Nationalökonomie. Landshut 1808. und von der Becke, von Staatsämtern und Staatsdienern 1797. (§. 87.) u. A. m.

Das Resultat dieser Ausführung ist hiernach, daß auch in Ansehung des zuletzt abgehandelten Denunciationspunkts eine strafbare Handlung, der Gegenstand einer Verantwortlichkeit nicht vorhanden ist, die Anzeige mithin auch hier an dem nothwendigen Erfordernisse eines Thatbestandes Mangel leidet und dieserhalb eine Berücksichtigung nicht verdient. Sind aber, wie hieraus folgt, keine Gründe vorhanden, gegen mich eine Specialuntersuchung einzuleiten, so überlasse ich der Beurtheilung jeden Rechtsverständigen die aufgestellte Behauptung nach Verdienst zu würdigen, daß »die Fortsetzung seiner (d. h. meiner) Functionen ohne vorgängige Rechtfertigung als nachtheilig für den Staatsdienst zu betrachten« und, was der Sinn dieser Andeutung ist, daß gegen mich die suspensio ab officio zu verhängen sey; obwohl hier keine Thatfachen erst aufzuklären sind, welches den Zweck einer Untersuchung abgeben könnte, der Antrag vielmehr nur durch die schuldig gebliebene Ausführung, daß ein Strafgesetz wirklich von mir verlezt sey, zu begründen und zu rechtfertigen möglich war. \*)

---

\*) Oder sollte Namens der Landschaft etwa ein Verfahren bewirkt werden wollen, wie gegen den Geheimenrath von Schmidt Phiselsdeck einst statt gefunden hat? Eine Untersuchung um einen Strafproceß begründen zu können! Wenigstens schien diese Verfahrungsweise damals bei den Mitgliedern der Landschaft nicht Beifall zu finden.



Scheint nun auch in dieser Rücksicht der Vorschritt des engern Ausschusses löblicher Landschaft die Farben einer den Blick blendenden Leidenschaftlichkeit zu tragen; so bin ich doch entfernt, darin einen andern Beweggrund zu suchen, als die angegebene Ueberzeugung von einer »unerläßlichen Pflicht;« zumal die Schlußbemerkung der Denunciation sich zu dem Grundsatz zu bekennen scheint, daß die Unterschrift wichtiger ist, als die auf den, in der Schrift selbst ausgedrückten Beschluß einwirkende Abstimmung, und damit die innige Ueberzeugung des engern Ausschusses über jedem Zweifel erhebt. Uebrigens kann ich von der, mir zugleich an die Hand gegebenen Entschuldigung keinen Gebrauch machen und, wie es dessen nicht bedarf, der Wahrheit zuwider nicht behaupten, »daß Besorgniß um die eigne Existenz mich verleitet habe.« Mag immerhin die Sorge mich umschwebt und mich von einem kühnern Widerstand zurückgehalten haben, durch ein Aeufferstes meinen Unterhalt zu verlieren, und was wäre bei einem unbemittelten Familienvater, wie ich es bin, natürlicher und verzeihlicher! so ist nicht diese Rücksicht, sondern meine innige, aus der Prüfung unsrer Geseze und Einrichtungen geschärfte Ueberzeugung von den Obliegenheiten meines Amtes und meiner Stellung im Ministerium und zu meinem Landesfürsten, der Leitstern gewesen, der mich geführt und bestimmt hat. Eine Ueberzeugung, welche selbst durch die genauere Erwägung der gesetzlichen Bestimmungen, die dieser Ausarbeitung vorausgeschickt werden mußten, noch mehr gekräftigt worden ist. Gern will ich gestehen, daß es mir

schwer gefallen ist, meinen Namen manchen und zumal den herausgehobenen Ausfertigungen beizugesellen; daß mir sogar oft der Gedanke gekommen ist, Anmuthungen solcher Art mich zu entziehen. Allein jene Ueberzeugung beruhigte mich; auch hielt ich es für ehrenvoller, die schwere Zeit des Vaterlandes mit meinen Mitbürgern zu tragen, und in einem Wirkungskreise auszuharren, worin ich, zwar nicht soviel als mir wohl hätte zukommen sollen, immer aber viel Nützliches bewirken, viel Uebel abwenden zu können erwarten durfte, und welchen ich damals unter Umständen geräumt haben würde, in denen nicht anzunehmen stand, daß er nur so fernher wieder besorgt werden würde, wie ich zu thun treulich bemühet zu seyn mir bewußt war.

Nachdem ich hiermit über die Eingabe des engern Ausschusses mich verantwortend geäußert habe, bleibt noch eine Erwiderung der derselben beigefügten Anlage hinzuzufügen. Da die Dekrete nicht an Euer Durchlaucht, sondern an die benannte ständische Behörde gerichtet ist, und also nicht weiter an Höchstdieselben gediehen zu seyn angesehen werden kann, als der engere Ausschuss die darin enthaltenen Anträge aufgenommen hat, so scheint freilich die von mir verlangte Verantwortung hierauf nicht besonders erstreckt werden zu dürfen. Dennoch ist die Gelegenheit mir zu willkommen, um nicht auch über diesen Theil der ausgestreuten Bezüchtigungen mich geziemend auszusprechen; und daher bitte ich ehrfurchtsvoll um die gnädigste Erlaubniß, auch dieser Anlage, wo nicht eine Verantwortung,



doch die sich mir darbietende Beleuchtung entgegen setzen zu dürfen.

Die erste allgemeine Declamation über die »gesetzwidrigen Verfügungen« des vorigen Ministeriums und die Bemerkung, daß »die Straßlosigkeit so grober Unrechtfertigkeiten mit den Rechten und der Sicherheit des Staats« unvereinbar wäre, mag auf ihrer offenbaren Unwürdigkeit beruhen bleiben, \*) da man auf diese Weise zwar schimpfen, aber wenigstens denjenigen, den der Vorwurf treffen soll, nicht beschimpfen kann. Für mich kann es genügen, daß es offenkundig ist, und allein von den Ausstellern jenes Antrages verkannt werden will, daß das Staats-Ministerium unter der vorigen Regierung seiner verfassungsmäßigen Wirksamkeit beraubt gewesen, in allen drückenden oder verfassungswidrigen Maaßregeln ohne Theilnahme geblieben und, der gemachten Vorstellungen ungeachtet genöthigt worden ist, aus Herzogl. Cabinette ergangene Beschlüsse, auf Specialbefehl ausfertigen zu lassen und zu unterschreiben.

»Daß die Mitglieder des aufgelöseten Ministeriums den ihnen ausgesetzten Gehalt annoch fortwährend beziehen,« wie weiter erwähnt wird, kann Niemanden, sogar jene Herren nicht befremden, weil ich für meine Arbeiten im Ministerium überall keinen Gehalt zu beziehen gehabt und vom damaligen Herzoge, weder für mich noch die Meinigen nicht die geringste Begünstigung

---

\*) Proinde quasi injuriam facere, id demum esset dominatione uti. *Sallust. in Catilina. cap. 12.*

erlangt habe. Daß aber die Besoldung als Cammer-Director mir ferner geblieben ist, folgt aus meiner fortbestehenden Anstellung in dieser Eigenschaft, kann aber hier um so weniger Anstoß gegeben haben, als dieser Eingabe die Farbe einer landständischen gegeben ist, von Mitgliedern der Stände, den Vätern des Vaterlandes aber nicht vermuthet werden kann, daß sie verlangen, ja nur zugeben sollten, einen Staatsdiener ohne gehörige Untersuchung und Richterspruch entsetzt, oder auch bloß, ohne die gesetzlich vorgeschriebene Begründung eines Thatbestandes, in Untersuchung gezogen zu sehen.

Was von der Umgestaltung des Cammer-Collegiums in eine Cammer und ein Finanz-Collegium, der Einsetzung eines Generalkriegs- und eines Oberhofgerichts, von der Zinserhöhung bei einigen Herzoglichen, bei Herzogl. Cammer belegten Capitalien, endlich wegen der neuen Schuldverschreibungen gesagt worden ist, hat bereits bei Gelegenheit meiner vorstehenden Verantwortung seine Erwiderung gefunden. Es kann nemlich in allen diesen Fällen aus der Unterschrift von Ministerialrescripten allein ein Vorwurf mir gemacht werden, welcher sich nach der obigen Ausführung erledigt finden wird; indem die Ausfertigung auf besondern Befehl Sr. Durchlaucht erfolgt ist, ohne einige Berathung und weitere Theilnahme des Staats-Ministeriums. Zwar habe ich an die Verordnungen, jene neuen Behörden betreffend, mit Hand gelegt; allein erst nachdem, wiederholter und dringender, Jahre lang fortgesetzter Vorstellungen ungeach-



tet, \*) der Beschluß über ihre Anordnung feststand und in der gewiß untadelhaften Absicht, diese Neuerung so wenig nachtheilig, als möglich zu machen; wie ich, wenn es erheblich befunden werden könnte, vollständig würde nachzuweisen vermögen. Daß die Verfügung wegen der neuen Cammerobligationen nicht zur Ausführung gekommen, wenigstens keine dergleichen unter meiner Mitunterschrift, welche doch zu ihrer Gültigkeit gehört haben würde, ausgefertigt worden sind, muß gleichfalls zu meiner Rechtfertigung genügen; da bis dahin die Sache in einer erfolglosen Vorbereitung bestanden hat und die besondere Verpflichtung aus dem Edicte vom 1sten Mai 1794 gewissermaßen lediglich durch dergleichen Vollziehung würde haben verletzt werden können. Von der, in einer Conferenz mit mehreren Mitgliedern des Herzoglichen Cammer-Collegiums erfolgten, einem bloßen *vidi* gleichzuachtenden, Unterschrift eines Formulars zu den projectirten Cammerverschreibungen werden die Aussteller der erwähnten Anlage nicht vermeinen, einen Vorwurf gegen mich zu entnehmen; wenigstens dürften sie gegen die Gesellschaft nichts einzuwenden finden, in welcher dort mein Name sich befindet (s. Verordnungsammlung von 1829. N<sup>o</sup> 10.).

Wenn ich nun endlich gesucht haben soll, »in unaufgefordert ausgearbeiteten Gutachten die Ungültigkeit der beschwornen Verfassung darzuthun, und mich nicht

---

\*) Schon bei meinem Eintritte in's Geheimeraths-Collegium, im Herbst 1826, ward jener Plan geäußert und bekämpft.

scheuete, öffentlich die Ansicht zu vertheidigen, daß ich mich für die unter meiner Unterschrift ergangenen Verfügungen des Ministerii gar nicht verantwortlich halte; so muß ich bestimmt erklären: daß jenes eine bössliche Verläumdung, oder mindestens eine bodenlose Angabe ist; daß ich aber, wiewohl nicht mit reumüthigem Sinne, mich zu dem letzten Vorwurfe unter einiger Beschränkung zugestehend bekenne. Allerdings habe ich mich nicht gescheuet, mir gesprächsweise hinterbrachte Anschuldigungen durch Gründe, wie sie meinen Ansichten entsprachen, zurückzuweisen; glaube aber, indem ich mich vertheidige, mein gutes Recht auszuüben, und werde daher, mit oder ohne Genehmigung der Herren Angeber, darin fortfahren und wie bereits oben geschehen, meine Behauptung gegen Jedermann und so lange zu verfechten bemühet seyn, bis mich, nicht etwa vornehm thuende Auctorität, sondern Rechtsgründe eines Andern belehrt haben werden. Geschieht aber auch dieses, wie ich nicht befürchte, so dürften meine Gegner wenig dabei gewinnen; indem eine Verurtheilung bestimmte Strafrechte voraussetzt und die für meine Ansicht aufgestellten Gründe mich wenigstens schuldlos darstellen müssen, sollte auch einer verschiedenen Meinung den Vorzug gegeben werden können.

Unter den, gegen die Gültigkeit unsrer Verfassung von mir vorgeblich ausgestellten Gutachten könnte vielleicht ein Aufsatz gemeint seyn, welchen ich am 24ten Juni v. J. zu den Ministerialakten, die Handelsverträge betreffend, gegeben habe; eine Vermuthung, welche bei



dem Inhalte dieses Aufsatzes jedoch von der Voraussetzung ausgehen mußte, es sey dieser vor Aufstellung jener Eingabe nicht einmal gelesen worden. Zur Berichtigung der irrigen Meinung von diesem Aufsatze mag folgende Erläuterung dienen. Aus mehreren, in meiner Gegenwart hingeworfenen Aeußerungen über die Unterhandlungen in Cassel schien mir hervorzugehen, daß man von Seiten der Landschaft die Befugniß der Regierung, solche Verträge ohne ständische Einwilligung abzuschließen, bezweifle, und ich glaubte darin die Absicht wahrzunehmen, eine Drohung oder einen warnenden Wink mir zukommen zu lassen. Dieses mußte mir zur Aufforderung dienen, die höchste Behörde und mich selbst in dieser Beziehung gegen künftige Beschwerden und Vorwürfe möglichst zu sichern, weil ich an eine Fortdauer meiner Stellung im Ministerium nicht glauben konnte, dabei aber der Einzige war, der die Motive der Regierung in jener Hinsicht vollständig vor Augen hatte. Hierzu wählte ich, weil eine Mittheilung an die Landschaft höchsten Orts untersagt war, einen dieselbe ersetzenden Weg und faßte die Ansichten, theils für die Zweckmäßigkeit der Vereinbarungen, theils für die Befugniß ohne vorgängige Einwilligung der Stände abzuschließen, wie sie die Regierung bestimmt hatten, in einem Aufsatz zusammen, von welchem ich ein Exemplar zu den betreffenden Akten legte, das andre aber dem ersten Cammer-Director zustellte. Es ist also hier einmal keine unaufgefordert gelieferte Ausarbeitung vorhanden; denn die Aufforderung war dringend und lag in meiner Dienstpflcht. Es findet sich

ferner hier kein Gutachten, nemlich keine Ausführung in  
 Beziehung auf einen erst noch zu fassenden Beschluß;  
 vielmehr waren die Verträge, deren Rechtfertigung ver-  
 sucht worden ist, längst abgeschlossen. Der Aufsatz ist  
 also in schulbloser Absicht und pflichtgemäß, zugleich auch  
 ohne eine nachtheilige Wirkung gefaßt und geblieben.  
 Uebrigens würde ich aber, könnte derselbe auch als Gut-  
 achten und Abstimmung für einen noch zu fassenden Be-  
 schluß angesehen werden, mich in solcher Maaße unbe-  
 denklich haben äußern können. Ich habe mich nemlich  
 über die Schranken der landschaftlichen Befugniß in Be-  
 ziehung auf die höchste Behörde mit Gründen und offen  
 ausgesprochen, und eben damit meinen Verpflichtungen  
 Genüge geleistet. Denn es kann nicht wider die Land-  
 schaft gehandelt heißen, wenn man über die verfassungs-  
 mäßigen Verhältnisse, unter Angabe aller Gründe und  
 dergestalt sich ausspricht, daß derselben durch eine Mit-  
 theilung, wie die Zeit gestattete, die Veranlassung ge-  
 währt ward, etwa aus einer verschiedenen Ansicht abzu-  
 leitende Rechte wahrzunehmen und zu verfechten. Es  
 kann und wird die Landschaft keine Befugniß gegen die  
 Regierung in Anspruch nehmen wollen, welche ihr nicht  
 herkömmlich, gesetz- oder vertragsmäßig zustehen; meine  
 Ausführung geht aber von den verfassungsmäßigen Be-  
 stimmungen aus, und gründet sich in der Ansicht be-  
 währter Publicisten. Die Landschaft kann und wird nicht  
 verlangen, daß ein Staatsdiener über einen solchen Punkt  
 seine Ansicht, obwohl sein Amt sie auszusprechen ihn auf-  
 fordert, deshalb zurückhalte, weil er zugleich Mitglied



der Stände ist. Und wenn ich am Schlusse die Behauptung aufgestellt habe, die damalige Spannung zwischen Fürsten und Ständen, und die daraus hervorgegangene Unterbrechung der landschaftlichen Wirksamkeit, könne die Regierung nöthigen, ohngefähr in der Maaße vorzuschreiten, wie während der vormundschaftlichen Regierung, als die Rechte der Landschaft vor ihrer Herstellung der That nach ruheten, obwohl sie der Befugniß nach allerdings bestanden; so ist solches ausdrücklich allein in Beziehung auf unaufschiebbliche Verhandlungen geschehen. Nun wäre in solchem Falle ja die nothwendige Folge des Fortschritts der Ereignisse eingetreten, welchem kein Stillstand bis dahin geboten werden mochte, daß die damaligen Irrungen ausgeglichen seyn würden. Also ist bei der Verfassung jenes Aufsatzes keine Pflicht verletzt, vielmehr geschehen, was nach meiner Ueberzeugung meinen Obliegenheiten entsprochen hat.

Hiermit beschließe ich die mir von Ew. Herzoglichen Durchlaucht gnädigst auferlegte Verantwortung und überreiche sie mit dem ehrfürchtvollen Vertrauen, wozu Höchsthre Gnade und Gerechtigkeit, in Verbindung mit meinem Bewußtseyn, mich erheben. Kame es, zur Würdigung der gegen mich eingebrachten Anschuldigungen, auf die Feststellung ungewisser Thatfachen an, so würde ich zur Rettung meiner Ehre um die Verhängung einer gerichtlichen Untersuchung bitten, damit die Wahrheit ausgemittelt und Schuld oder Unschuld offenbart würden. Dem ist aber nicht also, da die Handlungen, woraus meine Verschuldung abgeleitet werden will, offen vorlie-

gen und alles von der Beziehung abhängt, in welche sie zu unserer Verfassung und unserm Rechte sich finden, und da mein guter Ruf, nach den mir zugekommenen vielfachen Nachrichten, bei der großen Mehrzahl meiner Mitbürger, wie in den Nachbarländern, gegen den Eindruck gesichert ist, den sonst die erhobene Denunciation gemacht haben könnte. Unter diesen Umständen enthalte ich mich jedes Antrages, und überlasse, ohne mich weiter auszusprechen, der höchsten Entscheidung Ew. Durchlaucht, auf die Eingabe des engern Ausschusses löblicher Landschaft landesväterlich zu verfügen und über meine, seit dem Jahre 1793 dem Vaterlande und seinem glorreichen Fürstenhause gewidmete, Dienstlaufbahn gnädige Bestimmung zu treffen. Sagt mir doch der Rückblick auf diese, und ich darf mich solcherhalb auf die öffentliche Stimme berufen, daß ich ununterbrochen\*) meine Pflicht treu zu erfüllen gestrebt, meinen Mitbürgern nach Kräften geholfen und absichtlich Niemanden benachtheiligt habe, noch weniger irgend Einem feindlich in den Weg getreten bin, dagegen aber von mir, auch über die Grenzen meiner Amtsobliegenheit hinaus, mich nützlich zu machen getrachtet, vielen jungen Männern, wie ich sie berufen glaubte, den Weg in's öffentliche Leben er-

---

\*) Seit meinem Dienstantritt (Frühjahr 1793) habe ich nur einmal auf etwa 3 Wochen, sonst nur selten und auf wenige Tage zu meiner Erholung Urlaub genommen, und nie eine mir obgelegene Arbeit aufgeschoben oder gar liegen gelassen. — »es ist ohne Verrath der Sache unmöglich, bei gewissen Gegenständen die schöne Bescheidenheit zu halten.« Seume, Spazierg. n. Syrakus.



öffnet und erleichtert, endlich durch mein Privatleben nie  
Anstoß gegeben worden ist.

Der ich in tiefster Ehrfurcht ersterbe,

Euer Herzoglichen Durchlaucht

Rhode,  
den 23sten Februar 1831.

unterthänigst treu gehorsamster

G. P. v. Bülow.

## S c h l u ß w o r t.

---

Die hier mitgetheilte Verantwortung wird, wie ich mit Zuversicht erwarten kann, jedem Unbefangenen die Ueberzeugung geben, daß durch meine Dienstführung im Herzoglichen Staats-Ministerium gesetzliche Vorschriften, so wenig gebietender als verbieternder Art, verletzt worden sind; sie wird, wie ich gleichfalls annehmen darf, genügend darlegen, daß ich mit Besonnenheit und aus guten Gründen da gehandelt habe, wo mir keine gesetzlichen Schranken gesetzt waren; sie wird endlich, wie hieraus folgt, mich gegen die Beschuldigung der Unmaßlichkeit schützen, wenn ich bisher erklärt habe und ferner behaupten werde, mich völlig vorwurfsfrei zu fühlen.

Ist diesem aber also, so darf ich die Frage aufwerfen, ob diejenigen keinen Tadel verdienen, welche wider mich als Angeber aufgetreten sind, mit dem, in ihrem, an unsern gnädigsten Landesfürsten gerichteten Antrage enthaltenen, Verlangen: daß ich vorläufig meiner Dienstthätigkeit entsezt, mir mein Gehalt entzogen, ja ich in meiner bürgerlichen Ehre gekränkt und meines nö-



thigen Lebensunterhalts verlustig gemacht werden möchte, und die einen solchen Schritt sich erlaubt haben, ohne ruhige und reifliche Erwägung dessen, was die Grundsätze, wie des allgemeinen, so unsers besondern Landesrechts über die zur Sprache gebrachten Handlungen bestimmen, wie auch ohne zu bedenken, daß bloß einseitige Ansichten und dunkle Gefühle nicht den Maaßstab für die Handlungsweise eines Andern abgeben, noch weniger genügen können, über diesen den Stab zu brechen? Ich bin zu dieser Frage vorzüglich da befugt, wo die Denunciation nicht etwa von Individuen ausgeht, welchen endlich eine Unkenntniß zu gut gerechnet werden muß, da sie ihre Ansichten der Prüfung ihres verfassungsmäßigen Consulenten (erneuerte Landschaftsordnung §. 38.) unterworfen haben; wo vielmehr eine Behörde auftritt, welcher nicht nur schon an sich als solcher mit größerer Vorsicht, wie dem Einzelnen vorzuschreiten gebührt, sondern vorzüglich obliegt, alle Staatsbürger gegen jede Beeinträchtigung gesetzwidriger Gewalt und Kränkung zu schützen, und wo dieser Vorschritt geschehen ist, nicht nur ohne eine aus der Bestimmung jener Behörde hervorgehende Nothwendigkeit, sondern mit Ueberschreitung der in der Verfassung, worauf sie speciell verpflichtet worden, enthaltenen Begrenzung ihres Wirkungskreises.

Zu dieser Bemerkung bringt mich wahrlich nicht ein Trieb der Wiedervergeltung, so menschlich und ver-

zeiulich ein solcher hier auch seyn würde. Es treibt mich dazu die Pflicht als Staatsbürger und Mitglied der Landstände, damit einer ähnlichen Ueberschreitung der, in der Stellung des engern Ausschusses löblicher Landschaft enthaltenen verfassungsmäßigen Vollmacht für die Zukunft vorgebeugt, Niemand ferner der Befangenheit oder Nachgiebigkeit einiger Wenigen geopfert werden möge.

Daß der §. 31. der Landschaftsordnung nur kraft eines, auf versammelten Landtage gefaßten, Beschlusses der Landstände, vom engern Ausschusse hingegen nur in Fällen unaufschieblicher Eile ausnahmsweise gelten gemacht werden kann, fließt aus der Natur der Sache, und ist von mir, wie in vorstehender Verantwortung, so auch in meinem kleinen Werke zur Erläuterung jenes Landesvertrages ausgeführt worden; und daß eine Denunciation nur statt finden kann, wenn die darin begriffenen Handlungen die Gesetze verletzen und nach denselben einer Ahndung unterliegen, bedarf keiner Ausführung, da sie allein unter dieser Voraussetzung einem rechtlichen Zwecke zu entsprechen vermag.

Indem ich nun dem engern Ausschusse hiermit öffentlich meinen Dank dafür abstatte, daß derselbe durch die Eingabe bei Sr. Herzoglichen Durchlaucht vom 29sten Decbr. v. J. mich in den Stand gesetzt hat, die mir von einer Partei im Publikum gemachten Vorwürfe und Anschuldigungen zu übersehen und zu beantworten, schließe ich mit dem Ersuchen, daß Er, dessen Mitglieder mir



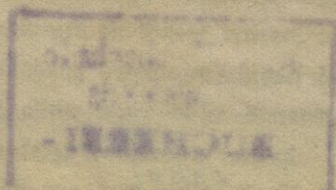
so lange Jahre hindurch befreundete Collegen gewesen sind und in hochgeehrten Andenken verbleiben werden, mir nicht verübeln wollen, wenn ich hier laut den Wunsch ausspreche, daß bei dem bevorstehenden Landtage das vorbemerkte Verhältniß gerügt und für künftige Fälle verfassungsmäßig so anerkannt werden möge, wie zur Sicherung der Ruhe und Ehre unbescholtener Staatsdiener erforderlich erscheint.

Im März 1831.



so lange Folge hindurch befreundete Kollegen gewesen  
 sind und in höchsten Ehrenen verbleiben werden,  
 mir nicht verhehlen wollen, wenn ich hier laut den Wunsch  
 ausspreche, daß bei dem bevorstehenden Landtage das  
 vorerwähnte Verhältniß ergibt und für künftige Fälle  
 verfassungsmäßig so anerkannt werden möge, wie zur  
 Sicherung der Ruhe und Ebre unbescholtenen Staatsbe-  
 amten erforderlich erscheint.

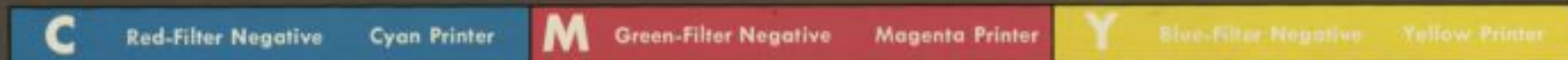
Im Städt. 1831.







# KODAK GRAY SCALE



00 A .10 .20 .30 .50 .70 M 1.00 1.30 1.60 B 1.90



black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green

# KODAK COLOR CONTROL PATCHES

*These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.*